

Costa Rica: Internationalisierung der Wirtschaft mit Bananen und Mikroprozessoren

Minkner-Bünjer, Mechthild

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Minkner-Bünjer, M. (1999). *Costa Rica: Internationalisierung der Wirtschaft mit Bananen und Mikroprozessoren*. (Brennpunkt Lateinamerika, 19). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-445592>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 19

15. Oktober 1999

ISSN 1437-6148

Costa Rica: Internationalisierung der Wirtschaft mit Bananen und Mikroprozessoren

Mechthild Minkner-Bünjer

Sämtliche Analysen über die Entwicklung von Costa Rica verweisen irgendwann auf seine Ausnahmestellung in Zentralamerika, auf seine demokratische Tradition ohne Militär, auf seine trotz der geringen Größe erfolgreiche Stabilisierung und Anpassung nach der schweren Verschuldungskrise der 80er Jahre. Auch das Schlagwort von der „Schweiz Zentralamerikas“ ist noch präsent; neuerdings beginnt man – angesichts der Präsenz von Acer, Motorola, Laser und seit 1997 Intel Corp. – von der „technologischen Hauptstadt Lateinamerikas“ zu sprechen. Nach den neuesten verfeinerten Berechnungen von UNDP überschritt Costa Rica 1997 die magische Grenze von 0,800 beim Human Development Index (HDI) und gehört, wenn auch an letzter Stelle, zur Gruppe von 45 Industrie- und Entwicklungsländern mit einem hohen durchschnittlichen Entwicklungsniveau seiner Bevölkerung. Angesichts weltweiter Probleme, solide Wachstums- und Beschäftigungsgrundlagen aufzubauen und langfristig zu konsolidieren sowie sie in sozial möglichst gerechte Strukturen umzusetzen, stellt sich die Frage, wie sehen die wirtschaftlichen Modernisierungsanstrengungen Costa Ricas aus? Sind sie tragfähig genug, um vom letzten „Listenplatz“ des HDI weiter nach vorn zu kommen? Ist ein vergleichsweise hohes durchschnittliches Niveau menschlicher Entwicklung in Costa Rica mit ausreichender wirtschaftlicher Dynamik verbunden? Wie sind die Zukunftsaussichten des derzeitigen Entwicklungskurses angesichts von Globalisierung und zunehmendem Wettbewerb? Wie stehen die Chancen des Landes, sich im Prozeß der Integration oder der Assoziierung an Wirtschaftsblöcke erfolgreich zu behaupten?

Wachstumsdynamik, Einkommensverteilung und Index der menschlichen Entwicklung

Der vom *United Nations Development Programme* (UNDP) berechnete HDI ist eine sehr vereinfachte Größe, um den Stand der menschlichen Entwicklung eines Landes darzustellen, zu messen und regional bzw. international zu vergleichen. Gemäß der 1999 auf einer revidierten Datengrundlage von 1997 methodologisch verfeinerten Berechnung rangiert Costa Rica nunmehr auf Platz 45. In Lateinamerika stehen allein Costa

Rica sowie Chile, Argentinien und Uruguay – vier in Größe, Wirtschaftskraft und politischer Entwicklung sehr unterschiedliche Länder – mit Platz 34, 39 und 40 auf der Liste der 45 Länder mit einem $HDI > 0,800$. Auch wenn der Wert von Costa Rica aufgrund der Neuberechnung mit den Indices der Vorjahre nicht mehr vergleichbar ist, hat weiterhin Gültigkeit, daß aufgrund der schweren Verschuldungs- und Wirtschaftskrise des Landes der HDI 1980-85 stagnierte, seitdem jedoch eine allmähliche Verbesserung stattgefunden hat.

Die Indikatoren Lebenserwartung bei Geburt (1997: 76 Jahre), Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung über 15 Jahre (1997: 95,1%), Rate der Einschulung in Grund- und Sekundarschulen (1997: 91,8% bzw. 55,8%) sowie das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung (1997: US\$ 6.650), die im HDI zusammengefaßt werden, sind Durchschnittswerte. Entsprechend liegen z.B. für die ärmsten 20% der Bevölkerung und für die gering entwickelten Regionen wie Chorotega, Brunca und Huetar Norte die Indikatoren z.T. weit unter dem Durchschnitt. Dagegen war z.B. für die 20% reichsten Haushalte das reale BIP *per capita* (US\$ 14.400 p.a. = Durchschnitt 1980-94) 13 mal höher als für die ärmsten 20% Haushalte (US\$ 1.136 p.a.). In der Zona Central waren 1997 nur rd. 15% der Bevölkerung der Einwohner arm, in den genannten peripheren Regionen zwischen 28% und 36%. Ein ähnliches Niveau der menschlichen Entwicklung wird zudem von Ländern mit sehr großen Unterschieden in Bevölkerungszahl und in Ressourcen, in Wirt-

schaftskraft und politischer Funktionsfähigkeit erzielt. Costa Rica (45) und die Vereinigten Arabischen Emirate (43) haben einen ähnlichen HDI-Wert (0,801 bzw. 0,812), liegen aber in der Höhe des BIP pro Kopf als Näherungsgröße für den Lebensstandard mit durchschnittlich US\$ 6.650 bzw. US\$ 19.500 pro Kopf 1997 „Lichtjahre“ auseinander.

Allein zusammen mit anderen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Indikatoren sagt der HDI etwas über die Entwicklungssituation und die Zukunftsperspektiven von Costa Rica aus. Wachstumsdynamik schlägt sich nicht automatisch in einem relativ hohen Stand der menschlichen Entwicklung der Bevölkerung nieder; die Schlagworte von der Verteilungsgerechtigkeit und der politischen Durchsetzungsfähigkeit kommen hier ins Spiel. Gute *Performance* im Export und hohe ausländische Direktinvestitionen gehen nicht unbedingt mit stetigem und hohem gesamtwirtschaftlichen Wachstum einher, vielmehr ist die Art der Investitionen und der Produkte von Bedeu-

Tabelle 1: Profil der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Costas Ricas 1991-97

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998**
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung in %)*	2,2	7,1	5,8	4,3	2,2	-0,5	3,7	5,5
BIP pro Kopf (Veränderung in %)*	-0,4	4,4	3,3	1,9	-3,7	-3,2	1,1	2,9
Arme Haushalte (in % aller Haushalte)	31,9	29,4	23,2	20,0	20,4	21,6	20,7	19,7
Extrem arme Haushalte (in % aller Haushalte)	11,7	9,3	6,9	5,8	6,2	6,9	5,7	5,3
Sozialausgaben/BIP (in %)**	19,0	18,7	20,0	20,8	19,8	21,6	22,0	k.A.
Ausgaben Bildungswesen/BIP (in %)	4,6	5,0	5,2	5,4	4,9	5,7	5,8	k.A.
Ausländische Direktinvestitionen (netto Mio. US\$)	172	222	244	293	390	422	482	520
Export (Mio. US\$)	1.598	1.852	2.008	2.336	2.844	3.014	3.281	5.528
Veränderung Export (in %)	10,4	15,9	8,4	16,3	21,7	5,9	15,4	27,5
Veränderung Import (in %)	-5,7	30,1	17,0	5,9	7,8	7,0	14,5	25,8
Saldo Außenhandelsbilanz/BIP (in %)	-7,0	-10,8	13,9	10,9	7,6	-8,4	-10,2	-6,5
Saldo Kapitalverkehrsbilanz/BIP (in %)	7,5	5,4	3,7	-0,4	3,7	-0,2	5,1	1,3
Auslandsverschuldung (Mio. US\$)	3.267	3.289	3.437	3.256	3.259	2.859	2.640	2.872
Wechselkurs(nominell, Durchschnitt An- und Verkauf Dezember, in C/.)	134,7	137,1	150,7	164,4	193,9	219,3	243,6	270,4
Abwertung (in %)	31,7	1,8	9,9	9,1	17,9	13,1	11,1	11,0
Innere Verschuldung/BIP (in %)	22,0	19,9	21,8	26,8	31,8	34,0	37,7	35,1
Haushaltsdefizit Zentralregierung (in % des BIP %)	-3,1	-1,9	-1,9	-7,0	-4,5	-5,2	-3,9	-3,3
Index der Konsumgüterpreise (Veränderung Dez./Dez. in %)	25,3	17,0	9,0	19,9	22,6	13,9	11,2	12,9

* Grundlage: Werte zu Preisen von 1995

** Vorläufig und z.T. nicht voll mit 1997 vergleichbar, da andere Quelle bzw. andere Berechnung.

*** Umfaßt Bildungswesen, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Sozialhilfe (*asistencia social*) und sonstige Bereiche, wie Ausgaben für kulturelle Einrichtungen u.a.

Quellen: CEPAL 1998; Estado de la Nación 1999; Estado de la Nación 1998,

www.mideplan.go.cr/pnd/www.mideplan.go.cr/sides/

tung. Ein hoher HDI-Wert seinerseits bedeutet nicht automatisch wirtschaftliche Prosperität und Dynamik.

Der Einkommensabstand zwischen den untersten und den obersten 20% der Haushalte ist in Costa Rica zwar geringer als z.B. in Ekuador, aber mit 4,3% bzw. 50,6% Anteil dieser Haushalte am Volkseinkommen ist die Konzentration hoch und hat in den 90er Jahren zugenommen. Trotzdem gehört Costa Rica zu den Entwicklungsländern mit einem niedrigen Armutsniveau. Das BIP pro Kopf hat zwischen 1975 und 1997 nur um 0,7% pro Jahr und zwischen 1994-97 nicht zugenommen. Dagegen konnte der Rückstand im HDI (gegenüber 1 als dem höchsten Wert) 1985-90 um rd. 7% und 1990-97 um rd. 8% etwas verringert werden; dabei spielen die vergleichsweise hohen Ausgaben des Staates im Bildungs- und Gesundheitswesen eine Rolle.

Regierung Rodríguez optimistisch über Wirtschaftsentwicklung im ersten Amtsjahr

Staatspräsident Miguel Ángel Rodríguez (*Partido Unidad Social Cristiana*, PUSC, im Amt seit 8.5.1998) zeigte sich optimistisch über die Entwicklungsaussichten, als er im Mai 1999 seinen ersten Bericht zur Lage der Nation dem Parlament vorlegte: 6,2% gesamtwirtschaftliches Wachstum 1998 (vorläufige Angabe der CEPAL; 5,5%) bei gleichzeitiger Zunahme des Agrarprodukts um 5,3%. Im Zeitraum 1994-97 hatte das Bruttoinlandsprodukt real um 2,4% p.a. zugenommen. Die Verbesserungen in den sozialen Grunddiensten, speziell im Bildungswesen mit einem Ausgabenanteil von über 6% am BIP, wurden fortgesetzt. Mehr ausländische Direktinvestitionen (1998: netto US\$ 520 Mio.) konnten eingeworben werden und Finanzierung für die Verbesserung der Infrastruktur wurde mobilisiert. Die Einschätzung des ersten Amtsjahres durch die Bevölkerung deckte sich nicht mit der eigenen Bewertung ihres Präsidenten. 70% der Befragten konnten keinen für sie positiven Tatbestand aus dem ersten Regierungsjahr benennen; 7% hoben hervor, daß sich der Zustand der Straßen verbessert habe und weitere 7%, daß mehr ausländische Unternehmen investiert hätten. Insgesamt hatte Rodríguez laut dieser Umfrage zwischen Januar und April 1999 merklich an Popularität verloren, denn die Bevölkerung reklamiert bei der politischen Führungsspitze substantielle Verbesserungen in Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten.

Für 1999 sehen die Projektionen von Regierung und Zentralbank einen realen Zuwachs des BIP von 4,5% bei einer Inflation von 10% vor. Die seit Januar 1999 sich erholenden Erdölpreise werden das Defizit der Handelsbilanz stärker als angenommen steigen lassen; man rechnet mindestens mit einem Zuwachs von 13% auf US\$ 700 Mio. Das wiederum könnte sich in mehr Inflation und weniger realem Wachstum niederschlagen als Anfang 1999 geschätzt. Aus diesem Grunde sind einerseits eine restriktive Geldpolitik und der weitere Abbau des Haushaltsdefizits (auf rd. 2,2% des BIP) angesagt, um die erreichte Stabilität zu konsolidieren; andererseits kann nur eine expansive Kreditpolitik den Privatsektor und die Produktion für den Binnenmarkt aktivieren. Zwischen 1995 und 1997 (reale interne Nachfrage: -0,5%) kompensierten hohe Exportzuwächse teilweise die Stagnation auf dem lokalen Markt.

Mehr und diversifizierte Exporte, aber geringe Verketzung mit dem Rest der Wirtschaft

Als kleines Land mit geringer und bisher überwiegend wenig kaufkräftiger Bevölkerung ist Costa Rica als Motor seines Wachstums auf hohe und stetige Exporte angewiesen. Als sehr offene Volkswirtschaft (Export/BIP 1997: rd. 35%) muß es einen Grad an Diversifizierung in Produkten und Märkten insgesamt wie bei den Unternehmen erreichen, durch den starke Preis- und Mengenschwankungen möglichst aufgefangen werden können, bei dem aber die Ausfuhranteile der Produkte bzw. -gruppen groß genug sind, um Skaleneffekte zu erlauben. Exporte mit starker Abhängigkeit vom internationalen Preisniveau und sehr geringer Wertschöpfung durch Verarbeitung bedeuten in der Regel hohe Fluktuationen im Wachstum. Eine geringe Verketzung der Ausfuhren mit dem Rest der Wirtschaft führt dazu, daß kontinuierlich Importe von Rohstoffen und Halbwaren finanziert werden müssen, außerdem wächst das BIP nicht im Einklang mit den steigenden Exporten. Der direkte und indirekte Beschäftigungseffekt aus den Exporten hängt u.a. von der Herkunft (national oder importiert) der Rohstoffe und Halbwaren sowie von der Art der Produktionsverfahren ab. Exporte mit einem sehr hohen Anteil an nationalem Input können einen ähnlich hohen Beschäftigungseffekt haben wie die arbeitsintensive Montage von z.B. komplexen elektronischen Produkten mit sehr geringer Verarbeitung von nationalem Input.

Die Struktur der Exporte hat sich zwischen 1967 und 1997 radikal und zwischen 1987 und 1997 stark verändert. 1967 machte der Anteil von Bananen, Kaffee, Zucker und Fleisch 71% aus, 1997 nur noch 31%. Die Bananenexporte, normalerweise mit relativ stabilerem internationalen Preisniveau, hielten sich 1997 im Vergleich zu 1987 bei rd. 17% der Ausfuhren. Der Export von Kaffee als Produkt mit hohen Preisschwankungen und relativ niedriger Nachfrageelastizität auf den traditionellen Märkten verringerte sich von etwa 30% 1987 auf etwa 12% 1997. Bei beiden Produkten schwanken die relativen Anteile gemäß dem Stand der internationalen Preise, den Ernten und Exportquoten (schwanken z.B. klimabedingt; Quoten werden wie nach Hurrikan Mitch umverteilt) sowie der Höhe des Gesamtexports. Der Exportanteil der sog. nichttraditionellen Produkte erhöhte sich von 29% (1967) auf 45% (1987) und bis 1997 auf fast 70%. 1998 wurden nach vorläufigen Angaben fast 80% erreicht. Für dieses Wachstum der nichttraditionellen Ausfuhrprodukte, 11% durchschnittlich p.a. 1987-97, hat Costa Rica pro Jahr rd. 0,8% des BIP an Subventionen und Steuerrückvergütungen aufwenden müssen.

Gemäß einer Untersuchung von Luis Hall (*Universidad de Costa Rica*) für den Bericht „*Estado de la Nación 1997*“, in die ca. 50% der gesamten Ausfuhren einbezogen wurden, trugen industrielle und agroindustrielle Exportprodukte (z.B. Nahrungsmittel und Holzprodukte) mit im Durchschnitt zwischen 74% und 100% nationalem Input 1997 rd. 46% zur Beschäftigung im Exportsektor bei. Exportprodukte mit nur bis zu 14% nationalen Rohstoffen und Halbwaren (z.B. Montage von optischen und Präzisionsinstrumenten, elektrischen und elektronischen Produkten und Halbwaren) hatten einen ähnlich hohen Anteil (rd. 43%) an der Beschäftigung, die über den Export geschaffen wurde. Die dritte Gruppe hatte mit 11% Anteil einen geringen Beschäftigungseffekt, kaufte aber rd. 40% des Inputs auf dem Binnenmarkt und lieferte vor allem Produkte und Halbwaren an Unternehmen, die für den Binnen- und den Exportmarkt produzieren. Sie stimulierte

das Wachstum in anderen Branchen. Zu dieser Gruppe gehören u.a. Betriebe der chemischen und der Plastikindustrie, der Holz-, Metall- und Baustoffbranche. Die Produktionsverkettung nach vorn und nach hinten ist – ebenso wie die Wettbewerbsfähigkeit – in dieser Gruppe relativ höher: ein wichtiges Kriterium für eine „intelligente“ Steuerung der Rahmenbedingungen und der Exportförderung.

Hoher Öffnungsgrad bei wachsender Konzentration auf den US-Markt

Der Öffnungsgrad der Außenwirtschaft (Importe und Exporte/BIP in %) hat von 1987 (rd. 60%) bis 1997 kontinuierlich zugenommen und schwankt um 75%. Die Konzentration der Exporte in die USA ist steigend. Seit Implementierung der Fördergesetze für die Ansiedlung von Veredelungsindustrien, die mit temporärer Importerlaubnis für Rohstoffe und Halbwaren in der Regel in den Freihandelszonen produzieren, sind die Exporte gekoppelt mit wachsenden Importen von Rohstoffen, Halbwaren (z.B. *maquila* von Bekleidung, elektrischen Geräten und neuerdings elektronischen Produkten) und Investitionsgütern sowie mehrheitlich gebunden an Direktinvestitionen überwiegend von US-Firmen. Der Außenhandel und die Wirtschaft insgesamt werden dadurch verwundbarer; die Problematik gewinnt angesichts „fallender“ nationaler Grenzen und rückläufiger Steuerung durch den Staat an Brisanz. Im März 1995 verfügten die USA z.B. Importquoten für Textilien zum Schutze der eigenen Unternehmen. Der Export Costa Ricas ging um rd. 20% zurück, etwa 40 Unternehmen mit insgesamt 2.500 Arbeitsplätzen schlossen ihre Tore. Ihr Konkurs hinterließ nicht nur Arbeitslose (s. **Tabelle 2**) sondern in einigen Fällen auch hohe ungedeckte Schulden.

1990 exportierte Costa Rica für rund US\$ 1 Mrd. in die USA, 1997 schon für US\$ 2,3 Mrd. Der relative Anteil Europas ist rückläufig (1995: 25,5%; 1997: 16,7% der Ausfuhren). Etwa 26%

Tabelle 2: Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (Juli 1990-Juli 1997)

	1990-91	1991-92	1992-93	1993-94	1994-95	1995-96	1996-97
Gesamt	-10.505	36.311	53.478	41.153	30.467	-23.014	82.312

Quelle: Estado de la Nación 1997, 3. Kapitel

der Gesamtexporte entfielen 1995-97 im Durchschnitt auf eine Produktgruppe und einen Markt: die Ausfuhr von in Lohnveredelung (*maquila*) hergestellter Bekleidung in die USA. Diese exzessive Abhängigkeit ist bedrohlich für Außenhandel, Zahlungsbilanz und Wachstum, wenn die *Terms of Trade* sich durch fallende Exportpreise z.B. bei agrarischen Exportprodukten, und steigenden Preisen von Importprodukten (z.B. Erdöl- und Erdölprodukte) verschlechtern. Das gilt besonders, wenn sich gleichzeitig der Kapitalzufluß (netto), sei es durch Rezession oder Spekulation (*capital golondrina*), verringert.

Im Durchschnitt sind seit Ende der 80er Jahre die Zuwachsraten im Export hoch gewesen (1987-96: 10,4% p.a.; 1997: 15,4%; 1998: 28%), u.a. aufgrund der weitgehenden steuerlichen Anreize, die seit 1982 mit dem Ziel der Ausfuhrförderung eingeführt wurden. Von der industriellen Produktion wurden 1990 rd. 19% ausgeführt, 1997 waren es 30%. Von den etwa 4.800 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes exportierten 1997 etwa 1.230 Unternehmen Teile ihrer Produktion. Die Internationalisierung der Industrieproduktion nimmt zu; ein großer Teil des Potentials ist noch ungenutzt.

Die durchschnittlichen realen Zuwächse des BIP sind im Vergleich zu denen der Exporte gering gewesen (1991-98: 3,1% p.a.; 1996: Rückgang von -0,5%). Zudem unterlagen sie relativ hohen Fluktuationen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum Costa Ricas ist weiterhin in hohem Maße von der Produktion für den lokalen Markt abhängig, u.a. eine Folge der geringen Integration des Exports in die lokale Produktionsstruktur. Die Produktion, vor allem auch der Exporte, ist durch die Importabhängigkeit sehr verwundbar. Rund 44% aller Importe waren 1997 Rohstoffe und etwa 20% Kapitalgüter. Die seit jeher hohe Importabhängigkeit (rund 35% bis 40% des BIP zwischen 1987 und 1997) des Landes hat durch Direktinvestitionen ohne lokale Produktionsanbindung sowie durch Exportanreize für bisher auf den Binnenmarkt konzentrierte Produzenten seit Beginn der 90er Jahre stark zugenommen. Letztere mußten z.T. lokalen Input durch qualitativ bessere bzw. standardisierte Importprodukte ersetzen, um erfolgreich auf Auslandsmärkten konkurrieren zu können. Eine Erhöhung sowohl der nationalen Produktion als auch der Exporte schlägt sich in der Regel in mehr Importen nieder. Die Unternehmen der Freihandelszonen tätigten 1997 Importe in Höhe von rd. US\$ 727; dem standen Käufe auf dem Inlandsmarkt von nur US\$ 52 Mio. (7% der Importe) gegenüber. Insgesamt stellt sich

die Förderung des nach außen gerichteten Wachstums mehr und mehr als ein Ziel an sich und nicht als ein Mittel zur strukturellen Verbesserung und zur Erhöhung bzw. Konsolidierung der Entwicklung dar.

Lohnveredelung und Freihandelszonen im Aufwind

Seit 1982 hat Costa Rica im Rahmen seiner Anpassungspolitik gezielt begonnen, Liberalisierung und Marktöffnung mit Exportförderung verschiedener Modalitäten (z.B. Freihandelszonen und Lohnveredelung) zu verbinden. Schwerpunkt der Förderung sind die nichttraditionellen Ausfuhren für Märkte außerhalb Zentralamerikas letztlich mit dem Ziel, tragfähige Wachstumsgrundlagen aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Der Abschluß von Freihandelsabkommen, wie z.B. mit Mexiko 1994 oder mit der Dominikanischen Republik (zusammen mit den anderen Ländern Zentralamerikas) 1998, unterstützt die Ausweitung des Absatzes von traditionellen und nichttraditionellen Produkten; weitgehende Befreiung von Steuern, Import- und Exportabgaben schafft eine Grundlage, um (zum Teil eher künstlich) auf Drittmärkten konkurrieren zu können. Die Ansiedlung von Unternehmen der Lohnveredelung konzentriert sich auf die Textil- und Bekleidungsbranche für den US-Markt, auf Unternehmen der metallverarbeitenden, der Elektro- und der elektronischen Branche. Das Konzept der Produktion in Freihandelszonen ist, auch wenn die Lohnveredelung dort ebenfalls ihren Standort hat, breiter angelegt. Es umfaßt neben dem verarbeitenden Gewerbe auch Handel und Dienstleistungen für den Export, Reparaturbetriebe, Technologieforschung und den Export unterstützende Firmen für Marketing, Organisation und Management. Zudem wird durch eine Börse für die Vermittlung von Zulieferaufträgen die Verkettung der Unternehmen der Freihandelszonen mit lokalen Produzenten gefördert.

1997 erreichten die Exporte der Freihandelszonen einen Wert von US\$ 822 Mio. bzw. 25% der Gesamtexporte des Landes; 1998 waren es sogar 33%. Die Investitionen beliefen sich 1997 auf akkumuliert US\$ 487 Mio. Operierten 1986 erst 11 Unternehmen in den Freihandelszonen, waren es 1997 schon mehr als 200 Unternehmen mit rd. 26.000 Arbeitsplätzen. Die 9 Freihandelszonen in Form von Industriegeländen liegen aufgrund der Art der Produkte, des hohen Importanteils überwiegend per Luftfracht und der Konzen-

tration der Arbeitskräfte zu rd. 70% um den Flughafen von San José in der *Zona Central*. 1997 entschied sich Intel Corp., mit einer Investition von rd. US\$ 500 Mio. die Montage von Mikroprozessoren (Pentium) in drei Stufen aufzubauen. Der erste Betrieb nahm seine Produktion im März 1998 mit 950 Arbeitsplätzen auf. Haupteffekt der Lohnveredelung ist ohne Zweifel die Schaffung von Arbeitsplätzen. Insgesamt wurden zwischen 1990 und 1997 durchschnittlich rd. 21.300 Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen. Selbst wenn diese z.T. wie in der Lohnveredelung kein hohes Niveau der Qualifikation und Entlohnung erreichen, tragen sie insgesamt entscheidend zur Verbesserung der Einkommen, der sozialen Kompetenz und der Ausbildung der Arbeitskräfte – überwiegend Frauen und Mädchen zwischen 12 und 29 Jahren – bei. Diese Effekte nehmen mit wachsender Komplexität der Lohnveredelung zu. Die Devisenbilanz netto ist aufgrund der Wertschöpfung positiv.

Die Regierung Rodríguez hat – angesichts der volkswirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit, das Haushaltsdefizit und die interne Verschuldung abzubauen – mit der Überprüfung der Verträge für die Ausfuhrückvergütung (CAT) begonnen. Bisher wurden rd. 60 Verträge aufgekündigt, um den Subventionsmißbrauch z.B. bei Verkauf von Produkten im Inland abzubauen und den Verlust an Steuern und Abgaben zu verringern.

Auch wenn die *maquila* schon in den 70er Jahren in Costa Rica begonnen hat, expandierte sie erst mit der gezielten Unterstützung durch die Gründung der *Corporación de Zonas Francas* und den Ausbau der Investitions- und Exportanreize. Zwischen 1983 und 1986 erhöhte sich die Zahl der Unternehmen von 45 auf 132, davon waren 90 aus der Textilbranche. 1986 waren etwa 50% der Unternehmen in lokaler Hand, 50% gehörten vor allem asiatischem und nordamerikanischem Kapital. Die Lohnveredelung hat erfahrungsgemäß, untermauert durch verschiedene Untersuchungen, eine Reihe von Nachteilen:

- Aufgrund geringer Kapitalintensität ist ein schnelles und relativ risikoloses Desinvestment möglich, wie sich Mitte der 90er Jahre bei den Textilbetrieben gezeigt hat.
- Die Unternehmen sind wenig mit dem Rest der nationalen Wirtschaft verkettet und haben somit einen geringen Strukturbildungs- und nur einen moderaten gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekt.
- Die staatlichen Subventionen mittels Steuererlaß, Befreiung von Import- und Exportabga-

ben, mittels der Bereitstellung von erschlossenem Gelände, der Schulung von Arbeitskräften etc. sind hoch.

- Die Arbeitsplätze haben aufgrund der wenigen sich permanent wiederholenden Arbeitsvorgänge einen geringen Qualifizierungseffekt. Das Lohnniveau der überwiegend durch Frauen und Mädchen ausgeführten manuellen Arbeit ist verhältnismäßig niedrig. Die Einrichtung der Arbeitsplätze und die Arbeitsschutzmaßnahmen lassen zum Teil zu wünschen übrig. Ein Teil der Unternehmen zahlt aufgrund der Vergabe von Unteraufträgen keine Sozialabgaben. Die Arbeitszeiten liegen vielfach über dem Durchschnitt nationaler Unternehmen.
- Obwohl rund 75% der Unternehmen im Durchschnitt etwa 200 Beschäftigte haben, sind Zusatzleistungen wie z.B. Kantinen oder Krippen, Fortbildung und Stipendien etc., um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und junge Arbeitnehmer auszubilden, die Ausnahme.

Die aufgezeigten negativen Effekte lassen sich z.T. durch Verbesserung der Verträge (z.B. Bankgarantien gegen illegales Desinvestment) und bessere Kontrolle der Verträge und Arbeitsbedingungen vermindern. Je mehr außerdem Handels- und Finanzmärkte generell liberalisiert und reformiert werden, je selektiver die Förderung und Anwerbung der Investitionen erfolgen und die Attraktivität des Standortes Costa Rica zukünftig mehr auf guter Infrastruktur, billiger Energie, leistungsfähigen Arbeitskräften und stabilem politischen Klima mit Willen zu Reformen beruht, um so stabiler werden sich Unternehmen ansiedeln. Ein weiterer Gesichtspunkt ist, mittels der Konvergenz von Förderungsanreizen, von Arbeits- bzw. Investitionsgesetzgebung, von Geld- und Fiskalpolitik sowie von Programmen zur Steigerung von Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit gezielt eine regional abgestimmte Politik der Internationalisierung in Zentralamerika zu fördern. Dadurch wird die Verhandlungsposition gegenüber den großen Nachbarn der NAFTA und in der ALCA entscheidend verbessert. Denn selbst im Fall von Costa Rica – verglichen mit dem Rest Zentralamerikas – ist es aufgrund der Schwachstellen in der Zukunft mehr als fraglich, ob die individuellen Anstrengungen dieses kleinen Landes ausreichen, sich gegenüber größeren Ländern z.B. als attraktiver Standort für Investitionen in zukunftssträchtigen Branchen zu behaupten. Das gilt auch, wenn der Traum vom *corredor tecnológico*, der seit der Investition von Intel durch die Köpfe geistert, sich weiter konkretisie-

ren sollte. Nur wenn Costa Rica die wirtschaftlichen Grundlagen für den Auslands- und den Binnenmarkt verbreitert und verstetigt, kann es das erforderliche Wachstum erzielen, um die menschliche Entwicklung seiner Bevölkerung weiter anzuheben.

Exporte agrarischen Ursprungs, Naturkatastrophen und Umweltbelastung

Die Ressourcen, die Costa Rica vor allem zur Verfügung stehen, sind landwirtschaftlich nutzbare Fläche, Wasser, mehrere Klimazonen und relativ billige Arbeitskräfte. Dem entsprechend waren 1997 mehr als 50% der Exporte agrarischen Ursprungs. Zwischen 1990 (US\$ 883 Mio.) und 1997 (US\$ 1,736 Mrd.) haben sich diese Exporte fast verdoppelt. Dadurch hat die potentielle Verwundbarkeit der Exporte durch Klimaanomalien wie *El Niño* (1996-97) mit Dürre und zu hohen Temperaturen (vor allem im Norden und Zentrum der Pazifikregion) und durch Naturkatastrophen wie Hurrikan Mitch (Oktober 1998) zugenommen. Produktionsausfälle und zu späte Aussaat bzw. erforderliche Nachsaat, mehr Schädlinge, weniger Wasser für die Bewässerung haben höhere Kosten bei gleichzeitig geringeren Ernteerträgen zur Folge. Die Konkurrenzfähigkeit der Agrarprodukte wird beeinträchtigt. Die Verluste treffen häufig die traditionelle Kleinlandwirtschaft mit Produktion von Reis, Mais und Bohnen für den Inlandskonsum sowie die Viehwirtschaft stärker als die Exportkulturen. Ihre Möglichkeiten, präventive Maßnahmen zu ergreifen und die Folgen der Katastrophen zu kompensieren, sind sehr begrenzt. Die Verluste durch die Dürre als Folge von *El Niño* in der Zentralregion des Pazifik und im Departement Chorotega beliefen sich 1996/97 (bis Mitte September 1997) auf rd. US\$ 10,2 Mio.; Schätzungen bis Mai 1998 lassen sie auf US\$ 15,6 Mio. ansteigen. Prävention und *Monitoring* der Effekte der Dürre und der Bemühungen, sie abzumildern, sind aus finanziellen Gründen und mangelnder Kenntnis ungenügend gewesen. Von Hurrikan Mitch wurde Costa Rica mit rd. US\$ 24 Mio. vergleichsweise gering betroffen (Brennpunkt Lateinamerika 2+4/1999).

Die Konkurrenzfähigkeit der traditionellen Exporte agrarischen Ursprungs beruht seit Jahrzehnten mit auf der Arbeitskraft von billigen Saisonarbeitern, die vor allem aus den Grenzgebieten von Nicaragua nach Costa Rica kommen. 1993 war der Mindestlohn in der Landwirtschaft Costa Ricas umgerechnet rd. US\$ 109, in Nicaragua rd.

US\$ 24. Als Folge der prekären Lebensverhältnisse im Nachbarland und der z.T. familiären Bande der Landbevölkerung hat die temporäre Migration seit langem Tradition. In jüngster Zeit haben sich jedoch zunehmend illegale Migranten aus Nicaragua dauerhaft in Costa Rica „angesiedelt“. Sie stellen als Billiglohnarbeiter trotz ihres unverzichtbaren Beitrags zum Anbau und der Ernte von Gemüse, Obst und Blumen für den Export in der Zentralzone ein politisches Problem dar. Zudem hat die Präsenz der sich illegal in Costa Rica aufhaltenden nikaraguanischen Einwanderer in nicht-agrarischen Aktivitäten aufgrund der relativen Knappheit an Arbeitskräften zugenommen.

Vor allem in den Exportkulturen Bananen, Kaffee, Blumen und Melonen werden Schädlingsbekämpfungsmittel verwendet. Ihr Einsatz hat zwischen 1994 und 1997 zugenommen und hat sich 1998 auf etwa dem gleichen Niveau gehalten. Von 1994 bis 1997 stieg der Import von rd. 10 Mio. Liter auf rd. 132 Mio. Liter. 1993 begann eine Abteilung des Arbeitsministeriums mit einem Pilotplan, um die Vergiftungen mit Schädlingsbekämpfungsmitteln bei den Landarbeitern zu verringern. Trotzdem erhöhten sich zwischen 1994 und 1997 die gemeldeten Vergiftungen von 583 Fällen auf 826 Fälle. Allerdings konnten gleichzeitig leichte Verbesserungen (z.B. durch Anlegen von Schutzbekleidung) festgestellt werden. Generell ist der Grad der Nutzung von sehr giftigen Präparaten gemäß einer Befragung von Unternehmen z.B. der Provinz Limón weit verbreitet, und zwar meistens ohne entsprechende Schutzmaßnahmen für die Arbeiter. Diese sind außerdem zum großen Teil Wanderarbeiter aus Nicaragua oder Panama.

Tourismus als dynamischer Faktor

Der Tourismus als exportähnliche Aktivität mit hohen Verkettungseffekten zu Produktion und Dienstleistungen und damit – wenn in Rahmenbedingungen und Förderanreizen adäquat gesteuert – hohen Beschäftigungs- und Einkommenseffekten hat in Costa Rica seit 1990 zunehmende Bedeutung. Die Zahl der Touristen hat sich von 1990 bis 1997 um etwa 80% erhöht, stagniert allerdings seit 1995 bei etwa 780.000 Personen. Der Devisenzufluß aus diesem Bereich erhöhte sich im genannten Zeitraum von US\$ 275 Mio. auf US\$ 715 Mio. mit 1987 bis 1993 durchschnittlich 27% Zuwachs pro Jahr. Erstmals ist 1998 wieder eine deutliche Zunahme des Deviseneinganges von 22% erkennbar. Die Zuwächse

stammen zum Teil aus der Expansion des Kreuzfahrtgeschäftes. Der Tourismus ist derzeit sektoral die wichtigste Devisenquelle. Die relative Stagnation macht deutlich, daß die Erschließung und Vermarktung des großen touristischen Potentials (z.B. an Stränden und Nationalparks mit Vulkanen und Regenwäldern, mit einer artenreichen Fauna und Flora), verbunden mit dem Ausbau einer Infrastruktur zu wettbewerbsfähigen Preisen, noch am Anfang steht. Costa Rica bemüht sich derzeit um eine Vermarktung „im Paket“ mit den anderen Ländern Zentralamerikas in Europa.

Evaluierung der Rückstände in der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit

Angesichts des 1994 unterzeichneten *Tratado de Libre Comercio de Norteamérica (TLCAN)* zwischen den USA, Mexiko und Kanada ist sich Costa Rica – wie auch die anderen Länder Zentralamerikas – bewußt geworden, daß die von den USA gewährte Marköffnung im Rahmen der *Caribbean Basin Initiative (CBI)* ausläuft bzw. von einer weniger günstigen Neuregelung im Rahmen der ALCA (*Area de Libre Comercio de las Américas*) ersetzt werden könnte. Den kleinen – aufgrund ihres geringen Gewichtes im regionalen Handel – benachteiligten Ländern des Isthmus stehen dann weitaus größere Schwierigkeiten ins Haus, sich in der Globalisierung zu behaupten. Mit der Einführung eines niedrigen Außenzolls hat Zentralamerika große Fortschritte in den letzten 15 Jahren in Richtung auf einen offenen Regionalismus gemacht. Seit April 1998 haben sich die Länder auch auf eine gemeinsame Strategie für die ALCA-Verhandlungen geeinigt. Für ihre Teilnahme an dieser Megafreihandelszone ist nicht nur eine Harmonisierung der Fiskal-, Geld-, Wechselkurs- und Zinspolitik sowie der Investitions- und Exportförderungs politik erforderlich, sondern jedes einzelne Land muß seine Leistungsfähigkeit verbessern, um konkurrieren bzw. Absatznischen für sich erschließen zu können. Worin liegen die Hauptschwächen bzw. –stärken Costa Ricas im Vergleich zu den anderen Ländern bezüglich seiner Vorbereitung auf die ALCA?

Die Evaluierung auf der Grundlage einer Methode der CEPAL berücksichtigt 42 Kriterien, die in drei Gruppen unterteilt werden:

- **Bedingungen für die Auswahl von Mitgliedern für die ALCA** (*grado de elegibilidad*): 5 Indikatoren

- Inflation (1995-97): 5,8% = zufriedenstellend; Fiskaldefizit der Zentralregierung/ BIP (1995-97): -4,6% = nicht zufriedenstellend; Saldo der Leistungsbilanz/ BIP (1995-97): 1,8% = sehr zufriedenstellend;
- Veränderung des nominellen Wechselkurses (Koeffizient 1995-97): 13,9 = nicht zufriedenstellend;
- Menschenrechtslage 1996 = sehr zufriedenstellend
- **Stand der strukturellen Vorbereitung für die ALCA** (*grado de preparación estructural*): 16 Indikatoren für 4 Bereiche: makroökonomische und sektorale Struktur; internationale Einbettung der Wirtschaft (Diversifizierung und Exportdynamik); Humankapital; Infrastruktur.
- **Stand der Vorbereitung in den Wirtschaftspolitiken** (*grado de preparación en las políticas*): 21 Indikatoren für 5 Bereiche: Makropolitik; Handelspolitik; Politik zur Transformation der Produktionsstruktur; Verwundbarkeit im Außenhandel; makroökonomische Verwundbarkeit.

Im Fall von Costa Rica werden die Lage der Menschenrechte, der Diversifizierungsgrad der Exporte und die Wechselkurspolitik als sehr zufriedenstellend im Rahmen des lateinamerikanischen Standards beurteilt. In der Gruppe der Indikatoren für Makro- und Sektorstruktur, Wirtschaftspolitik und Verwundbarkeit im Außenhandel sind die Bewertungen wenig zufriedenstellend. Vor allem das „Nullwachstum“ des BIP pro Kopf im Durchschnitt 1993-97, der hohe reale Zinssatz (13%) und der durchschnittlich niedrige Grad der Urbanisierung (43%) spiegeln eine geringe wirtschaftliche Dynamik wider. Sie wird außerdem durch das hohe Defizit der Zentralregierung/BIP (-4,6%) negativ beeinflusst. Die Regierung konnte aus diesem Grund die Infrastruktur nicht ausreichend modernisieren und ausbauen und damit einen – von den Unternehmern vielfach kritisierten Engpaß für die Steigerung der Investitions- und Wirtschaftstätigkeit nicht beseitigen. Zudem wurde die Verabschiedung der gesetzlichen Grundlage für den Ausbau der Infrastruktur mittels privater Konzessionen monatelang im Parlament blockiert. Vom hohen Haushaltsdefizit, das über den internen Kapitalmarkt finanziert werden muß, geht zudem Druck auf eine rezessiv wirkende Steigerung des Zinsniveaus aus.

Tabelle 3: Staatliche Investitionen (brutto) im Transportsektor (1993-1997)

	1993	1994	1995	1996	1997
Investition (real) in Mio. C/.	119,2	69,4	84,9	69,3	93,4
Straßen	69,8	42,1	55,5	39,7	40,7
Häfen	27,5	19,6	12,7	16,0	29,6
Flughäfen	5,6	0,5	10,3	8,4	16,3
Eisenbahn	8,5	0,4	0,0	0,0	0,0
Pipeline	7,8	6,7	6,4	5,2	6,8
in % der Investitionen der öffentlichen Hand	14,9	8,1	9,5	8,0	9,7
in % des BIP	4,9	4,9	5,1	4,9	5,3

Quelle: www.mideplan.go.cr/sides

Die schlechteste Bewertung in der Makropolitik entfällt auf die durchschnittliche Sparrate/BIP der Zentralregierung 1995-97 (-2,6%) und das zu hohe Niveau der realen Habenzinsen. Für eine signifikante Verbesserung beider Indikatoren ist eine tiefgehende und seit langem überfällige Steuerreform erforderlich. Die Verwundbarkeit im Außenhandel spiegelt sich in einem zu hohen Öffnungsgrad der Wirtschaft und einer zu starken Abhängigkeit der Exporte von einem Produkt für den US-Markt wider, Folge u.a. der CBI und der Lohnveredelung in der Bekleidungsbranche.

Die für die „ALCA-Evaluierung“ verwendeten Indikatoren beziehen sich auf den Zeitraum 1993 bis 1997. Zwischen 1997 und Ende 1998 konnten die genannten Schwachstellen leicht abgebaut werden, denn das Fiskaldefizit und das Zinsniveau wurden gesenkt. Dadurch belebte sich die wirtschaftliche Aktivitäten, was sich in einem Zuwachs des BIP pro Kopf niederschlug. Die Tendenz der zu geringen wirtschaftlichen Dynamik ist jedoch eher generell. Nach einer „leichten“ Anfangsphase der Transformation der Ausfuhrstrukturen, die auf bestehenden Grundlagen aufbauen konnte, erfordert die zweite wesentlich komplexere Stufe neue Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung und mehr Verkettung zum Rest der Wirtschaft.

Das Expertenteam, das für den Bericht über die „Lage der Nation“ zuständig ist (www.estadonacion.or.cr/), unterstreicht, daß sich zwar 1997 die Indikatoren für die Auswahl Costa Ricas für die ALCA verbesserten, daß sie aber immer noch weit von internationalen Standards entfernt sind. In den strukturellen Grundlagen sehen sie als Schwachstellen die geringe Wirtschaftsdynamik, den kaum entwickelten Kapitalmarkt und den zu kleinen Exportsektor. Als Besorgnis erregend bezeichnen sie bezüglich der Teilnahme an der ALCA vorbereitenden Politiken

die sehr geringe Kapazität der Regierung, um Infrastruktur zu finanzieren (s. **Tabelle 3**), die Verzerrungen auf dem Kapital- und Finanzmarkt sowie den hohen Grad der allgemeinen wirtschaftlichen Verwundbarkeit (Handelsbilanzdefizit/BIP und Zinsen der Auslandsschuld/Exporte). Die externe und interne Sparrate im Verhältnis zum BIP sowie der Stand des realen Wechselkurses als weitere Indikatoren der wirtschaftlichen Verwundbarkeit haben sich dagegen zufriedenstellend entwickelt.

Ansatzpunkte zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit

Insgesamt ist festzuhalten, daß Costa Rica zwar in einem Teil der Indikatoren, die Auskunft über die Leistungsfähigkeit des Landes in einer sich globalisierenden Welt geben, eine weitaus bessere Bewertung als die anderen Länder Zentralamerikas erfährt, jedoch ist es keineswegs so wettbewerbsfähig, wie vordergründig zum Teil angenommen wird. Welches sind wichtige Ansatzpunkte, die es prioritär zu verbessern bzw. sanieren gilt?

- **Infrastruktur:** Ausbau und Verbesserung durch Erschließen neuer Finanzierungsinstrumente. Man spricht von einem Minimalprogramm von rd. US\$ 4 Mrd.
- **Bank- und Kreditwesens:** Um die Modernisierung und Internationalisierung der Wirtschaft finanzieren zu können, sind die Reformen mit dem Ziel einer Rationalisierung der staatlichen Handelsbanken, einer wesentlichen Verringerung der Vermittlungs- und Verwaltungskosten sowie einer Verbesserung der Regulierung und Bankenaufsicht fortzusetzen.
- **Haushaltsdefizit und interne Verschuldung:** Die aktive Rolle des Staates bei der Finanzierung

der sozialen Grunddienste als Voraussetzung und Bestandteil eines hohen Niveaus der menschlichen Entwicklung der Bevölkerung, die staatlichen Subventionen für diverse Förderungsprogramme, dazu der anhaltende Inflationsdruck bewirkten in den 80er Jahren permanent steigende Staatsausgaben. Das konsolidierte Defizit der öffentlichen Hand belief sich im Durchschnitt auf fast 4,0% des BIP p.a. im Zeitraum 1983-90. Zwischen 1984 und 1987 wurde das Defizit der Zentralregierung zu fast zwei Dritteln mit Auslandskrediten und Transferzahlungen finanziert. Ab 1988 erforderten der Rückgang des externen Kapitalflusses und die gleichzeitig steigenden Zinsen für die Auslandschuld, das Defizit über interne Verschuldung mittels der Plazierung von Obligationen auf dem Kapitalmarkt zu finanzieren. Auch wenn zeitweise Anstrengungen unternommen wurden, das Defizit zu verringern, stieg die interne Verschuldung bis 1997 auf rd. 37% des BIP. Entsprechend erhöhten sich die Ausgaben für die Zinsen von 4% der Staatsausgaben im Jahr 1983 auf 25% (1997). Davon ist ein starker Druck auf das Zinsniveau ausgegangen; denn allein mit einem attraktiven Zinssatz lassen sich frische Ressourcen mobilisieren. Die „Pflichtübernahme“ von Obligationen durch staatliche Institutionen führt zudem zur „Umwidmung“ von Ressourcen. Gemeinsame Anstrengungen für eine dauerhafte strukturelle Lösung sowohl der internen Verschuldung wie der permanenten Unterfinanzierung der Staatsausgaben sind erforderlich, um Zinsniveau und Inflation entscheidend zu senken. Der Abbau der Inflation ist zudem ein wichtiges Ziel, um die Armut zu verringern.

- **Auslandsverschuldung:** Sie konnte aufgrund des verringerten Zuflusses an Auslandskrediten, der Umschuldung und Refinanzierung im Rahmen des Brady-Plans in den letzten 10 Jahren unter Kontrolle gebracht werden. Der Saldo erreichte 1997 ca. 28% des BIP; die Zinsen machen etwa 20% der Exporte aus. Eine weitere Verringerung der Zinszahlungen mittels Umschuldung würde kurz- bis mittelfristig Mittel für produktive Bereiche freisetzen.

- **Up grading des informellen Sektors:** 1995 teilte sich der Arbeitsmarkt in ca. 58% moderne städtische und ländliche Aktivitäten sowie 42% traditionelle ländliche und informelle urbane Aktivitäten auf. Die städtischen informellen Aktivitäten bestehen aus einer Vielzahl von Kleinstbetrieben und Beschäftigten auf eigene Rechnung (rd. 184.000 Personen), von denen etwa 40% Frauen sind. Der informelle Bereich in den städtischen

Zentren stellt ein selektiv für die Modernisierung zu mobilisierendes Potential dar: einerseits um die Armut von rd. 20% der Bevölkerung zu verringern, andererseits um die Dynamik dieses Bereichs positiv zu nutzen. Differenzierte Antworten sind erforderlich.

- **Investitions- und Wirtschaftsklima, Unternehmerkompetenz (speziell kleine und mittlere Betriebe) und Leistungsfähigkeit der nationalen und regionalen Selbsthilfeorganisationen:** 1997 hat das Weltwirtschafts-Forum erstmalig den Index der Wettbewerbsfähigkeit auch für die Länder Zentralamerikas berechnet. Dieser Index der Wirtschaft und der Unternehmen ist ein Barometer für das mittel- bis langfristige Leistungs- und Wettbewerbspotential auf der Grundlage von 8 zusammengesetzten Variablen: Liberalisierung der Außenwirtschaft, Modernisierungsanstrengungen der Regierung, Entwicklung des Kapitalmarktes, der Infrastruktur, der Technologie und des Arbeitsmarktes sowie der Qualität der Institutionen und des Managements der Unternehmen. Unter 58 Ländern rangiert Costa Rica auf Platz 35 vor El Salvador auf 45 sowie Guatemala, Nicaragua und Honduras auf den Plätzen 53, 55 und 56.

- **Bildung und Ausbildung sowie Konvergenz mit internationalen Standards:** Investitionen sowie inhaltliche und institutionelle Veränderungen sind erforderlich, um einerseits vor allem die Raten der Einschulung und des Abschlusses im Sekundarschulwesen zu erhöhen, andererseits *Curricula* und Ausbildungsplätze für Berufe zu entwickeln, die im Rahmen der sich internationalisierenden und integrierenden Länder Zentralamerikas zukunftsfruchtig sind. Nur so lassen sich die Verringerung der Armut und die Dynamisierung der Wirtschaft miteinander verbinden.

- **Politische und institutionelle Leistungs- und Steuerungsfähigkeit der „Zweiparteien-Demokratie“:** Die abnehmende Wahlbeteiligung bei gleichzeitiger Tendenz zur Mobilisierung der Bürger, um die Realisierung der politischen Versprechen einzufordern, sind Indizien für die „Ermüdungserscheinungen“ des politischen Systems, dessen Parteien sich auch durch geringe interne Demokratisierung auszeichnen. Abhilfe kann nur mittels verstärkter Einbeziehung der organisierten Gruppen und Institutionen auf Ebene der Provinzen und Munizipien geschaffen werden. Denn so wird im Bericht über die menschliche Entwicklung in Costa Rica 1997 festgestellt: „La democracia está viva en el ámbito regional y local“ (www.estadonacion.or.cr).

Weiterführende Literatur:

Banco Central de Costa Rica, División Económica: Revista Semestral, San José/Costa Rica

CEPAL, Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe 1998, Santiago de Chile, 1998 (enero)

FLACSO (Hg.): Centroamérica en cifras 1980-1996, San José/Costa Rica, 1997

Lizano, Eduardo: Ajuste y crecimiento en la economía de Costa Rica 1982-1994, San José/Costa Rica, 1999

Ministerio de Economía, Industria y Comercio, Dirección General de Estadística y Censos: Encuesta de Hogares de propósitos múltiples, San José/Costa Rica, 1997

Proyecto Estado de la Nación: Estado de la Nación en desarrollo humano sostenible, San José/Costa Rica, 1998

Proyecto Estado de la Nación: Estado de la Región, San José/Costa Rica, 1999

Quesada, Rafael Juan u.a.: Costa Rica contemporánea. Raíces del estado de la nación, San José/Costa Rica, 1999

Rodríguez, Florisabel/Castro, Silvia/Espinosa, Rowland (Hg.): El sentir democrático. Estudios sobre la cultura política centroamericana, San José/Costa Rica, 1998

Interessante Webseiten:

Export- und Wirtschaftsanalyse:

<http://www.procomer.com/revista/espanol>

Naturkatastrophen: <http://www.imn.ac.cr/educa/elnino>

Planungsministerium: <http://www.mideplan.go.cr/sides>

Projekt „Stand der Nation“: www.estadonacion.or.cr

Zentralbank: <http://websiec.bccr.fi.cr>

Wirtschafts- und Sozialforschung: <http://www.flacso.or.cr>

Autorinnennotiz: Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl.Hdl./Dipl.-Volkswirtin, bis Juni 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Seit ihrem Ausscheiden aus dem IIK beschäftigt sich Frau Minkner-Bünjer weiterhin mit wirtschaftlichen und politischen Fragen Zentralamerikas und der Andenländer. E-mail: minkner@uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte und Sabine Kurtenbach; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>

Lateinamerika

Analysen

Daten

Dokumentation

Nr. 40

Die Währungskrise in Brasilien Globale Ursachen, lokale Folgen ?

Hamburg 1999, 162 Seiten, Red. Gilberto Calcagnotto, DM 26,00

Die Dauer der im Januar 1999 ausgebrochenen Währungskrise in Brasilien war erheblich kürzer als deren Wartezeit: Weder bewahrheitete sich bis September die Erwartung einer Explosion der Inflationsraten oder der Arbeitslosenquote, noch traf die befürchtete Kettenreaktion von Unternehmenszusammenbrüchen ein. Offensichtlich war die brasilianische Realwirtschaft resistenter, als mancher Finanzanleger vermutete. Heißt es nun, daß die strukturelle Krisenanfälligkeit der brasilianischen Ökonomie zurückgegangen ist? Werden jetzt die Ursachen für das doppelte Defizit von Staatsfinanzen und Leistungsbilanz endlich dezidiert angegangen? Ist mit der Abwertung des Real die erwartete Ankurbelung der brasilianischen Exporte eingetreten? Welches sind die strukturellen Chancen für das Weiterbestehen des Mercosul, nachdem aufgrund der Brasilien-Krise verstärkt auf protektionistische Maßnahmen im Intra-Mercosul-Handel zurückgegriffen wird? Wie reagieren Opposition und soziale Bewegung auf den Kaufkraftschwund der Löhne?

Dies sind einige der Fragen, die in diesem Heft analysiert bzw. dokumentiert werden. Darüber hinaus befassen sich die Aufsätze mit weiteren entscheidenden Fragen, wie der Einbindung der brasilianischen Ökonomie in die globalen Kommunikationsstrukturen und der politischen Durchsetzungsfähigkeit der Regierung Cardoso am Beispiel der Rentenreform. Eingebettet werden die analytischen Aufsätze in die theoretische Diskussion zwischen *mainstream economics* und Neokeynesianern sowie in eine kritische Erörterung lateinamerikanischer Stabilisierungspläne, die auf den "Import" von Geldwertstabilität mit dem "Trick" eines Währungsankers und der damit einhergehenden Überbewertung des Wechselkurses setzen.

Eine ausführliche Dokumentation der brasilianischen Presse ermöglicht ein Nachvollziehen des Krisenverlaufs, der offiziellen Gegenmaßnahmen sowie der gesellschaftlichen und politischen Reaktionen. Schwerpunktmäßig werden dabei das IWF-Abkommen, die Krisen- und Konjunkturentwicklung, die Auswirkungen auf den Mercosul sowie auf die soziale Lage, die Wirtschafts- und Reformpolitik, der neue Anlauf der Regierung Cardoso sowie die Rolle von Opposition und sozialer Bewegung dokumentiert. Ein Rezensionsteil und eine umfangreiche Bibliographie zum Plano Real und dessen Anfälligkeit schließen das Heft ab.

Aus dem Inhalt: Gilberto Calcagnotto: **Editorial: Brasiliens Währungskrise, *mainstream economics* und Neokeynesianismus** / Barbara Fritz: **Implikationen der Asienkrise für das lateinamerikanische Entwicklungsmodell der 90er Jahre** / Karl von Doellinger: **Die Abhängigkeit des *Plano Real* vom Auslandskapital** / Carlos Eduardo Carvalho: **Überraschende Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft: Schmerzfreie Abwertung?** / Claudio Jolowicz: **Verfassungsreformen und Krisenmanagement in Brasilien am Beispiel der Rentenreform 1998** / Christiano German: **Kommunikationspolitik und Globalisierung in Brasilien** / Hartmut Sangmeister: **Der Mercosul – eine Zwischenstufe der Globalisierung?** / Dokumente / Auswahlbibliographie zur Krise des Real / Rezension

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE, Alsterglaci 8, 20354 Hamburg
Tel. 040 / 41 47 82 27 - Fax 040 / 41 47 82 41 - E-mail: iikhh@uni-hamburg.de

